



Joachim Herrmann, MdL

Per E-Mail [REDACTED]  
[REDACTED]

München, 4. April 2023  
G1-0142-9-1267

**Ihre E-Mail vom 4. Februar 2023;  
Asylunterkunft in 94431 Pilsting**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
[REDACTED]

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 4. Februar 2023 an Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder. Die Bayerische Staatskanzlei hat mich zuständigkeithalber gebeten, Ihnen hierauf zu antworten. Ich habe den offenen Brief, den Sie als Vertreterin der Bürgerinitiative „Pilsting steht auf“ übersendet haben, sowie die darin enthaltenen Gedanken anlässlich der Eröffnung einer Unterkunft für Geflüchtete in Pilsting, mit Interesse gelesen. Gerne bin ich bereit, Ihnen darauf zu antworten.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich einer Asylpolitik der Humanität und Ordnung verpflichtet. Wir stehen für eine ideologiefreie Auseinandersetzung mit den Themen Asyl, Flucht, Integration und Migration. Dies unterscheidet uns von der derzeitigen Bundesregierung, die nahezu jedem ein Bleiberecht in Aussicht stellt, der einmal in Deutschland ist, dabei aber die ordnungspolitische Komponente des Zuwanderungsrechts aus den Augen verliert.

Für die Staatsregierung ist es ein Gebot der Humanität, Menschen in Not zu helfen und vor Verfolgung und Bürgerkrieg Schutz zu gewähren. Wer als individuell

Verfolgter Schutz und Hilfe wirklich braucht, wird bei uns Humanität und Solidarität erfahren. Asylbewerber, die kein Bleiberecht erhalten, müssen Deutschland aber wieder verlassen. Damit unser Sozialsystem nicht ausgenutzt wird und funktioniert, verfolgt Bayern eine konsequente Rückführungspraxis für Menschen ohne Aufenthaltsrecht, die ihrer Ausreiseverpflichtung nicht freiwillig nachkommen. Es ist erklärtes Ziel, dass Flucht und Migration nach Europa und Deutschland besser als bislang gesteuert werden müssen und aus doppelter Verantwortung für die einheimische Bevölkerung und die Schutzbedürftigen eine Überlastung von Staat und Gesellschaft verhindert werden muss.

Deutschland kann nicht alle Menschen aufnehmen, die aus der gesamten Welt zu uns kommen wollen. So ist beispielsweise das neue Chancen-Aufenthaltsrecht sowie das Aufnahmeprogramm des Bundes für besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan angesichts der in den Kommunen aktuell vorherrschenden Überlastungssituation meines Erachtens ein völlig falsches Signal und setzt Anreize für illegale Migration. Das ist unter dem Mantel scheinbarer Humanität eine Politik auf dem Rücken der Länder, der Kommunen und insbesondere der Bürgerinnen und Bürger. Der Bund hat den Ernst der Lage scheinbar immer noch nicht erkannt. Während andere EU-Mitgliedstaaten ihre Asylpolitik auf den Prüfstand stellen, geht die Bundesregierung einen unreflektierten Sonderweg und verschließt vor der Realität die Augen. Statt weiterer Zusagen sollte der Bund seiner Finanzierungsverantwortung gerecht werden und die Länder und Kommunen bei der Bewältigung der bereits aufgenommenen Flüchtlinge unterstützen. Im Rahmen meiner Möglichkeiten als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung und als Politiker, dem unser Land am Herzen liegt, habe ich mich dafür eingesetzt, hier gegenzusteuern.

An dieser Stelle möchte ich auch gerne Bezug nehmen auf die konkrete Situation im Markt Pilsting: Die Unterbringung von Asylbewerbern ist eine Staatsaufgabe und wird demgemäß von den Landratsämtern als Staatsbehörde wahrgenommen.

Auch wenn sich die Bayerische Staatsregierung der aktuellen Überlastungssituation in den Kommunen bewusst ist, ist es nicht zuletzt unsere humanitäre Verantwortung, Menschen, die in Bayern ankommen und Hilfe benötigen, ein Dach über dem Kopf anzubieten. Angesichts dieser schwierigen Situation sind wir auf effiziente Lösungen, wie beispielsweise die Belegung der Unterkunft in Pilsting, dringend angewiesen. Auf welche Unterkunftsmöglichkeiten vor Ort in vertretbarer

Weise zurückgegriffen werden kann, entscheiden die Landratsämter und kreisfreien Städte selbst, denn diese haben auch den besten Einblick. Sie arbeiten mit Hochdruck daran, neue Unterkünfte zu akquirieren, um so die Asylbewerber regulär aufnehmen zu können und z. B. eine Belegung von Turnhallen zu vermeiden.

Was den ehemaligen Edeka-Markt in Pilsting betrifft, ist es zwar richtig, dass dieser mit maximal 150 Personen belegt werden kann. Es soll jedoch deutlich unter dieser Obergrenze geblieben werden: Die Innenaufteilung und die Bettenzahl sind derzeit auf 116 Personen ausgerichtet. Die tatsächliche Belegung liegt aktuell bei 37 Personen aus der Ukraine und aus Syrien, wobei es sich insbesondere um ukrainische Familien handelt (Stand: 9. März 2023). Sofern Sie eine mangelnde Kommunikation und Transparenz beanstanden, kann ich Ihnen hierzu Folgendes mitteilen: Mir ist an einer transparenten Information sehr gelegen. Allerdings ist das Zugangsgeschehen so dynamisch, dass auch den beteiligten Behörden wenig Vorlaufzeit bleibt. Sobald die Entscheidung für die Unterbringung in Pilsting feststand, wurde der Gemeinderat in Pilsting umgehend durch den Bürgermeister Martin Hiergeist informiert. Im Übrigen informierte der Landrat Werner Bumedder vor der Belegung in einer Pressemitteilung vom 18. Januar 2023 und auch in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung in Pilsting über den Sachverhalt.

Soweit Sie in Ihrer E-Mail das Thema Innere Sicherheit und Ausländerkriminalität ansprechen, möchte ich Ihnen versichern, dass ich als Innenminister dafür einstehe, Kriminalität in Bayern mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Es ist Kernaufgabe des Staates, für Sicherheit zu sorgen und dieser Aufgabe kommen wir im Freistaat auch umfassend nach. Nicht umsonst ist Bayern das sicherste Bundesland. Das ist kein Zufall, sondern vor allem das Ergebnis der Politik der Bayerischen Staatsregierung, die der Inneren Sicherheit in unserem Land seit jeher einen herausgehobenen Stellenwert einräumt. Der hohe Schutz- und Sicherheitsstandard ist ein zentraler Erfolgsfaktor, damit Bayern unsere lebens- und liebenswerte Heimat bleibt! Dabei stellt natürlich die Bekämpfung von Straftaten und Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum sowie die Steigerung der sichtbaren Polizeipräsenz ein zentrales Handlungsfeld dar. Denn uns ist wichtig, dass das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auch mit der hervorragenden objektiven Sicherheitslage im Freistaat korrespondiert. Unsere Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Bayern sicher bewegen können und das auch so wahrnehmen.

Gerade die von Ihnen angesprochenen Fälle von schwersten Straftaten nichtdeutscher Tatverdächtiger führen häufig zu einer intensiven, kontroversen und nicht selten auch emotionalen Diskussion in der Gesellschaft über Migration und Integration und beeinträchtigen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Gleichwohl ist in Bezug auf Ausländerkriminalität festzuhalten, dass sich der weit überwiegende Teil der in Deutschland lebenden Zuwanderer rechtstreu verhält. Zugleich dürfen wir meines Erachtens nicht unter den Teppich kehren, dass gerade bei Delikten gegen die körperliche Unversehrtheit Ausländer überproportional häufig Täter sind. Beide Fakten müssen wir gleichermaßen anerkennen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, was Staat und Gesellschaft hier tun können. Insofern haben die Sicherheitsbehörden die subjektive und objektive Sicherheitslage im Zusammenhang mit der Migration insgesamt besonders im Blick.

Sehr geehrte Frau Ebner, Politik in unserem demokratischen Gemeinwesen bedarf immer eines Abwägens und eines Ausgleichs der verschiedenen Interessen. Dabei ist mir der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern persönlich sehr wichtig. Einfache Antworten auf die komplexen Themenbereiche, die Sie angesprochen haben, sind jedoch nicht möglich. Dennoch hoffe ich, dass ich Ihnen meine Haltung zu einzelnen Aspekten Ihres Schreibens erläutern konnte. Ich wünsche Ihnen alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading "Herr Joachim Frenn". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end. Below the signature, there are two blue checkmarks.